

Bezugspreis:

Wochenzeitung... für das Ausland...

Einzelnummern...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abendliche Anzeigenpreisliste...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 7. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Auflösung des L.Ö.C.

Das preussische Staatsministerium hat, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren...

Dieser Beschluß des Staatsministeriums ist durchaus zu begrüßen. Es ist an dieser Stelle wiederholt dargelegt worden...

Die Auflösung der schlesischen Landwirtschaftskammer war die einzig mögliche Antwort der Regierung auf die ungeheuerliche Provokation...

Kammer, der Junker von Rilling, und ihre Mitglieder am 27. Januar vollbrachten. Damals feierte die Kammer ihr 25jähriges Bestehen...

Proteste gegen den Milliardenwahnsinn.

Am gestrigen Sonntag haben in Deutschland eine große Reihe von Protestkundgebungen gegen die Milliardenforderung der Entente stattgefunden.

In Hamburg demonstrierten, wie bereits gemeldet, die bürgerlichen Parteien, während die Kommunisten eine Gegendemonstration veranstaltet hatten.

Eine Münchener Kundgebung vor der Feldherrnhalle mit einem Obersten als Redner verlief ganz in alldemokratischem Geiste.

In Leipzig war es dagegen die U.S.P., die in einer Massenversammlung gegen die Ententeorderung Stellung nahm.

Einen sehr stürmischen Verlauf nahm dagegen die von den Unabhängigen in Frankfurt a. M. einberufene Versammlung im Schumann-Theater.

In Dresden fanden machtvolle Kundgebungen sämtlicher Parteien statt. Die bürgerlichen wie die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftsverbände hatten zu Massenversammlungen eingeladen...

In Nürnberg bildete sich nach einer bürgerlichen Protestversammlung ein Demonstrationszug von Altsachsen, der vor das Hotel marschierte...

Dagegen nahm eine von den bürgerlichen Parteien in Bremen einberufene Protestversammlung einen geordneten Verlauf.

Eine zweite Rede Lloyd Georges.

Paris, 7. Februar. Wie die Agence Havas aus London meldet, sagte Lloyd George in einer zweiten Rede in Birmingham, die der inneren Politik Englands gewidmet war...

Lloyd George erklärte ferner, er glaube, Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen.

Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Penny wert sei, dann müsse man sie für einen Penny berechnen.

Nach einer weiteren Havasmeldung sagte Lloyd George noch, er glaube, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfte.

Briand will festbleiben.

Paris, 7. Februar. (W.T.) Nach dem „Matin“ soll Ministerpräsident Briand erklärt haben, er werde nicht einen Millimeter von der Stellung abweichen, die er in der Reparationsfrage eingenommen habe.

Ähnlich wie an das englische, richtet sich Briand jetzt auch an das amerikanische Volk mit einem Aufruf, in dem er um Unterstützung in der Wiedergutmachungsfrage bittet.

Frankreich und Polen.

Paris, 7. Februar. (W.T.) Sonnabendabend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Vereinigten Versammlung folgende gemeinsame Erklärung durch Havas verbreitet worden:

Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um die Sicherstellung des Friedens von Europa, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, die die beiden besetzten Länder vereint, anerkannt.

Das offiziöse „Petit Parisien“ schreibt, die gemeinsame Erklärung der französischen und polnischen Regierung bedeute Aufrechterhaltung der ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen und gegenseitige Unterstützung.

Das Blatt bestätigt, daß Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen fortgesetzt würden, die jedenfalls zu einem Handelsvertrag führen würden, ähnlich demjenigen, der längst mit der Tschecho-Slowakei unterzeichnet worden sei.

„Chicago Tribune“ meldet, der Hauptzweck der Reise Pilsudskis sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben.

Die Kommunistenverhaftungen in Paris.

Paris, 7. Februar. (W.T.) Der Generalsekretär der „Humanité“ Dunois sowie der Syndikalistenfürer Gressehues werden beschuldigt, Geld aus Moskau empfangen zu haben, um bolschewistische Propaganda in Frankreich zu betreiben.

„Humanité“ meldet, daß 13 000 Soldaten der Armée Wrangel in die Fremdenlegion eingetreten seien, und verlangt darüber Auskunft von Briand.

Die Einheitsfront.

Als Herr Hergt zum erstenmal gefragt wurde, wie er über die Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts und links dachte, antwortete er erschrocken, das würde seiner Partei 4 Millionen Wähler kosten.

Nun hat dieser politische Führer mit der durchgehenden Zunge selber in Stettin das Wort in dieser Sache genommen, und es ist nicht uninteressant, seine Einrentungsversuche zu beobachten.

Wir sind sehr glücklich, mit Herrn Hergt darüber einig zu sein, daß ein Pattieren zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten in keiner Weise in Betracht kommt.

Sind damit die „Unstimmigkeiten“ im deutschnationalen Lager beseitigt? Das scheint doch nicht ganz der Fall zu sein, denn am selben Tage, an dem Herr Hergt in Stettin zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie aufrief...

In der Betonung der Unannehmbarkeit der Reparationsforderungen und in dem entschiedenen Protest gegen die durch die Note und durch das Interdikt Georges angedrohten Sanktionen aber hat die Sozialdemokratie im Reichstage an der Seite der bürgerlichen Parteien ihren Mann gestanden.

Die Worte des Grafen Westarp sind gerade gut genug dazu, um in Versammlungen den durchschnittlichen deutschnationalen Verleumdern um die Ohren geschlagen zu werden.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat im Kampf für die Rettung des deutschen Gesamtvolkes die ungeheuersten Opfer gebracht. Sie war es nicht, die Deutschland in einen aussichtslosen Krieg hineinstieß.



Graf Westarp hätte wirklich Besseres zu tun, als uns Sozialdemokraten mit hoheliegender Miene Zensuren auszuerteilen. Er sehe sich lieber im eigenen Lager um, er wird dort genug Dummheit und Gewissenlosigkeit finden, die zu bekämpfen — im richtigen Sinn dieses so oft schändlich mißbrauchten Wortes — wahrhaft vaterländische Pflicht ist. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ mit der „Freiheit“ gemeinsame Sache macht, um die deutschen Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse zu verhöhnern, wenn bayerische Deutschnationale sich mit den Kommunisten verbrüdern, um einen kindisch-aberwichtigen Kriegsrummel zu inszenieren, wenn Max Aurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“ proklamiert, es sei Aufgabe Deutschlands und es gehöre jetzt wenig dazu, Frankreich „in den Abgrund zu stoßen“ und wenn er die französischen Kommunisten als Deutschlands größte Hoffnung preist, dann gibt es für einen deutschnationalen Führer, der noch eine Spur von Verantwortungsgefühl im Leibe hat, wahrlich genug zu tun! Tollor ist es noch nie in einer Partei drunter und drüber gegangen. Niederstimmender hat sich noch nie die politische Unreife eines Teils des deutschen Volkes manifestiert als in dem gegenwärtigen kopflosen Durcheinanderquirlen der deutschnationalen Meinungen und Richtungen.

In der gegenwärtigen außenpolitischen Krise gibt es für das deutsche Volk keine schlimmere Gefahr als das Traben jener Leute, die gar nichts gelernt und alles vergessen haben. Gegen diese Gefahr kämpfen wir Sozialdemokraten aus Liebe zu unserm Volk und Land, die wir nicht in überströmenden Phrasen, wohl aber durch opferreiche Taten bekundet haben. Was wir brauchen, das ist die Einheitsfront, entgegen Deutschlands innere Verderber! Erst wenn sie geschaffen ist, haben wir festen Boden unter den Füßen, öffnet sich ein Weg der Rettung!

### Beamte, merkt es!

Eine ungeschickliche Beschimpfung der Berliner Beamten leistet sich die Groß-Berliner Zeitschrift „Tägl. Rundschau“. Eine gewisse Magda Trott aus Dresden, die von dort aus ganz genau sieht, was in Berlin vorgeht, erzählt folgende Geschichte: Eine Dame geht ins Rathaus, um dort für sich und ihre Töchter die Wählerliste einzusehen. Sie stehen nicht darin, die Beamten aber verweigern ihr jede Erklärung und Hilfe, indem sie untereinander flüstern, die Dame würde ja doch nicht links wählen. Man gibt ihr den Trost auf den Weg, daß es auf ihre Stimme nicht ankomme. Da entschließt sie sich die eine Tochter der Dame, sich als „Sozialdemokratin“ zu maskieren (gerissene Bluse, blaue Schürze usw.), sie verlangt kategorisch, die „Sozialdemokratische Liste“ zu sehen, worauf alle Beamten in Lebenswürdigkeit zerfließen und sofort sie wie ihre Mutter und Schwester in die Wählerliste eintragen.

So werden in einer „humoristischen“ Geschichte die Berliner städtischen Beamten ohne den Schatten eines Beweises der unerhörtesten Parteilichkeit, ja sogar schwerer Amtsvergehen bezichtigt. Jeder, der mit Wahlsachen wirklich zu tun gehabt hat, weiß, daß eine derartige partielle Behandlung völlig ausgeschlossen ist.

Die Beamten sollten sich diese nationalistische Beschimpfung merken und am 20. Februar mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel die Dummheit darauf erweisen.

### Sürsorge für die Kriegesopfer.

Zu der Erklärung des Zentralverbandes der Angestellten (siehe Sonntag-Morgenausgabe des „Vorwärts“) schreibt uns Reichstagsabgeordneter Genosse K. Meier aus Juidau:

„Auf Grund meines unter obiger Überschrift erschienenen Artikels sind mir aus den Kreisen des Zentralverbandes der Angestellten und von Angestellten einzelner Versorgungsämter mehrere Schreiben zugegangen, aus denen zu entnehmen ist, daß der Absatz 2 des Artikels in einigen Punkten völlig mißverstanden worden ist. Wenn die Briefschreiber der Meinung Ausdruck geben, ich hätte gegen die Beamten und Angestellten der Versorgungsämter

schlechthin Vorwürfe erhoben, so ist diese Auffassung durchaus falsch. Es konnte mir gar nicht einfallen, gegen die gesellschaftlich organisierten Angestellten und Beamten allgemein Vorwürfe zu erheben. Meine Kritik richtet sich in erster Linie gegen die die Versorgungsämter leitenden Beamten, die sich meist aus den Kreisen der ehemaligen Offiziere rekrutieren und die doch auch zu den Beamten gehören. Ich habe ausdrücklich geschrieben: Ein Teil der Angestellten und Beamten hat an der schnellen Durchführung des RWG kein Interesse und habe hinzugefügt, daß die Reibungen zwischen den verschiedenen Gruppen dieses Beamtenkörpers bekannt sind und daß darunter die Arbeitsleistung der Versorgungsämter nicht gefördert werde. Daraus kann unter keinen Umständen ein Vorwurf allgemeiner Art herausgeleitet werden; der Vorwurf richtet sich gegen den Teil der Angestellten und Beamten, die an den vorhandenen wenig erfreulichen Zuständen nicht ganz schuldlos sind. Die Tatsache selbst kann nicht bestritten werden. Die mir zur Verfügung stehenden Unterlagen werden ich, sobald ich wieder nach Berlin komme, dem Zentralverband der Angestellten zugänglich machen, der sich, wie ich aus einzelnen Schreiben entnehme, für Abstellung etwaiger Mißstände einsetzen wird und schon eingeleitet hat. Wenn ich ferner aus den Zuschriften feststellen kann, daß gerade der Zentralverband der Angestellten an der möglichst schnellen Durchführung des RWG gleich uns interessiert ist, so freue ich mich darüber und hoffe, daß es mit Hilfe des Zentralverbandes und der Verbände der Kriegesbeschädigten gelingen möge, in allen Versorgungsämtern recht bald Verhältnisse zu schaffen, die die Gewähr bieten, daß die armen Kriegesopfer nicht darunter leiden.“

Wir denken, daß nach dieser Aussprache von beiden Seiten die Erörterung der Frage im „Vorwärts“ geschlossen werden kann.

### Ein „besorgter“ Vater.

Kultusminister Haenisch war jüngst in Königsberg und hatte dort u. a. die Lehrerschaft nach der Stadthalle berufen, um mit ihnen über Ausbildungs- und Besoldungsfragen zu sprechen. Da ohne Lehrer kein Unterricht stattfinden kann, fiel er an jenem Tage aus Ein gewisser V. hat sich nun gedrängt gesehen, dem Kultusminister die schriftliche Aufforderung zu senden, ihm den Betrag von 10 M. für entzogenen bezahlten Schulunterricht zu erstatten. (Der Herr hat fünf Schulkinder.) Wenn binnen vier Wochen die Angelegenheit nicht erledigt sei, werde er „gegebenenfalls“ den Rechtsweg beschreiten.

Selbstverständlich ist dieser Betrag eines um die Ausbildung seiner Jungen vorbildlich besorgten Vaters nicht nur an den Minister Haenisch, sondern auch an die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ geschickt worden, vor wo er auch den Weg in die „Tägl. Rundschau“ genommen hat. Die Veröffentlichung war ja wohl auch der Zweck der Werbung. Hat der besorgte Herr V. oder ein anderer seiner Gesinnungsgenossen jemals revolviert, wenn unter Wilhelm II. aus ähnlichen Anlässen (nicht aus dienstlichem Interesse) der Schulunterricht ausfiel? Und wie oft ist er z. B. während des Krieges ausgefallen, so daß weite Kreise von berechtigter Sorge um Bildung und Erziehung unseres Nachwuchses erfüllt waren. Aber damals hat dieser „besorgte“ Vater und mit ihm die „besorgte“ Rechtspreffe nicht das mindeste einzuwenden gehabt!

### Ernährungsnot und Landverschwendung.

Im „Märker“ lesen wir folgende zutreffenden Ausführungen: „Bei Groß-Körts liegt ein Gut Wilhelminenhof, den Mehnerischen Erben gehörig. Es ist circa 500 Morgen groß und für 1000 M. (eintausend Mark) nur auf 1 Jahr verpachtet. Dieser niedrige Preis resultiert sich dadurch, daß dem Gute lediglich lebendiges und totes Inventar fehlt. Es ist eine einzige Kuh darauf. Die Bänderchen liegen verrotten und unbewirtschaftet da. Schon seit mehreren Jahren wird das Land weder gedüngt noch bestellt, so daß es völlig heruntergewirtschaftet und ertraglos ist. Der Pächter hat kein Interesse, da er immer nur auf ein Jahr pachtet dort; damit das Gut, das zum Verkaufe steht, jederzeit veräußert ist. Wie kann die Behörde bei unseren Ernährungsnot zusehen, daß 500 Morgen Ackerland vor den Toren Berlins unbewirtschaftet und brach liegen; wo doch gesetzliche Bestimmungen erlassen sind, nach denen in solchen Fällen Zwangsbewirtschaftung eintritt!“

### Passionspiel im Großen Schauspielhaus.

Richard Wagner wollte eine Tragödie dichten, deren Held nicht in Schuld verwickelt werde. Die alte Methode der Tragiker, einem Menschen irgendwelche Sünde aufzuladen und die Verwicklungen zu zeigen, die hernach zur Bestrafung oder Erlösung des Sündigen führen, mißfiel dem Größten. Wäre es nicht höher, wäre es nicht reiner, ein Menschenkind, das jedes sittliche Recht fordert, nur durch des Daseins gefährliche Kräfte zu zerstören? Wäre es nicht mehr mit einer Anerkennung von Gottes ungeheurer Allmacht vereinbar, den Menschen ohne kriminellistische Belastung an den Tod zu leiten? Und Wagner warf Worte für ein Trauerspiel Christi hin. Die Theorie der Tragödie, die ihn plagte, ist verlockend. Sie entspricht einem Gefühl, das die Möglichkeit einer tragischen Schuld im großen Menschen überwirft. Gut und Böse gäbe es da überhaupt nicht, es gäbe nur die Wahrheit, daß ein Mensch in Schicksale hineingestellt sei, die er zu überwinden hat. Gegen die Härtemoral wehrt sich die Moral der Wissenden, die des Himmels Blindheit und Laune verstehen, mag der Himmel auch längst entgöttert sein und einer sehr irdischen Erde außerordentlich ähneln. Wagner schrieb sein Christuspiel nicht. Die Frommen des Mittelalters dächten aber dieses Leidensspiel in den europäischen Ländern vielfach. Sie nannten es auch die Passion, eben das Leidensspiel. D. h. Jesus, der Mensch, der allmählich zum Kreuzestode gelangt, wehrt sich nicht. Er bietet sich geduldig allen Streichen dar. Er ist ohne Schuld. Er wird gemartert, ohne Verschlingung begangen zu haben. Die Frommen des Mittelalters freuten sich an dieser Aufschau. Sie erfüllten die Schau mit abherrschender Wahrhaftigkeit und Bewandtheit. Sie verbrannten und milderten auch mit ausgeschlossener Komik oder peinlicher Schweinerei, was ein verstorbenes Christengewissen durchschütteln sollte. In zwei Jahrhunderten blieb Zeit, für diese Passionsstücke einen Sprachstil herauszubilden, der die Grauel befechtigte, der den Anstalt der Passionsdramatiker überbot und den Zuschauer wirklich ergreift. Im Passionspiel der französischen Brüder Creban spürt man diese Säuberung. Wilhelm Schindibon, die dieses Französisch verdeutschte, ist sehr zu loben. Er formt gläubig, auslopernd, vom Worte beglückt.

Tragödie. — Im Tempel der Natur, aufgeführt vor den Tausenden, die Erbauung suchen, klinge das Spiel mit seiner einbürglichen Weisheit vielschichtig manigfaltig auf. Vielschichtig auch zu den Nichtfrommen, die gern des Gotteshaus meiden. Denn Mitleid ist in den Werken des Spiels Schindibons Vergebung, Lobpreisen der Dual und Untertänigkeit vor der Wertierung hoffen. Er wollte doch kein Theaterstück wiederbeleben. Er wollte nicht die Volkstümlichkeit Oberstimmig ausüben. Sein Ziel war Vertiefung, Verfassung bestimmung nicht. Die allzu berbe die allzu liebe Wirklichkeit dämpfen

schon die französischen Brüder. Es dämpft noch mehr die Sanftigkeit des deutschen Dichters, der sich schmalodierten erquilt.

Und nun wird alles wieder auf den Riesenschauergüß gezerrt, sogar zusammengestrichen für das Theater, sogar zurechtgemacht für die Unkommen auf dem Sperrfeld. Passionspiel, das vielschichtig Realismus der ganz Reinen sein kann, wird plüschig Realismos für die ganz Verwöhnten und Klugen. Die Bildkunst der Schlichtheit wird schließlich doch nur aus der rührenden Gedrungenheit und Starrheit zum zerfließenden Bewegungsbild verwandelt, das der Scheinwerfer mit des Lichtmeisters Kunstfeilen überschüttet. Die Kunstfertigkeit ist das Schädliche. Die Musik der Orgeln und der Soprans, hervorgehoben und zubereitet noch schlichter Kirchenharmonie, schließt nicht mehr die Augen des Hörenden, der innerlich alle Passion erschaut und zittert.

Eugen Klopfer ist Jesus. Die Worte der Heiligkeit, die von Heiligkeit etwas gebemmt Schmeichelei der bedfordernenden Rede, das bietet er auf. Die Jenseitigkeit läßt sich nicht erwerben, nicht von ihm, nicht von Lina Lassen. Die Marias Klagen weint. Einen Augenblick, da alle Kindelein um Jesus drängen, und da er des schwächigst in die Arme nimmt, um es mit sich zu tragen, wandert die heilige Ergriffenheit durch den Raum. Bald zerfließt das meiste. Die Maschinerie arbeitet, es schweigt die befehlende Empfindung. Mag Hochdorf.

**Völkzählung in Japan.** Die neuesten Zeitungen aus Japan enthalten genaue Angaben über das Ergebnis der ersten nach modernen Grundsätzen vorgenommene Völkzählung vom 1. Oktober 1920. Danach hat das eigentliche Japan eine Einwohnerzahl von 55 961 140 Seelen, wovon 28 042 995 männlich und 27 918 145 weiblich sind, und zwar in 11 222 053 Haushalten. Die Zählung hat demnach 2 126 137 Seelen weniger ergeben als diejenige von 1918, aber nicht weil die Bevölkerung Japans in der Abnahme begriffen wäre (das Gegenteil ist der Fall), sondern weil die bisherigen Zählungen einfach die Familienregister zur Grundlage nahmen, wo es leicht vorkommt, daß Tote noch jahrelang als lebend und Ehefrauen oder Adopierte doppelt geführt werden. Die neueste Zählung ergibt für Japan folgende 14 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern: Tokio (2 173 162), Osaka (1 252 972), Kobe (608 628), Kioto (591 205), Nagoya (429 990), Yokohama (422 942), Kagojaki (176 554), Hiroshima (160 504), Hakodate (144 740), Kanama (129 320), Sendai (118 978), Niura (108 113), Sapporo (102 571) und Kagojima (102 306). Erkennt man die beiden nur durch die bekannte Meerenge getrennten Städte Schimonoseki und Misaki als städtische Einheit, so ergäbe sich eine weitere Großstadt von 144 028 Einwohnern. Besonders zu beachten ist die Abnahme der Großstädte um Osaka, das mit Kobe und Kioto zusammen auf 2 452 005 Seelen und damit dem Komplex Tokio-Yokohama mit seinen 2 598 104 Seelen nahezu gleichkommt. Zu den 55,96 Millionen Einwohnern des eigentlichen Japan kommen nach der Zählung vom 1. Oktober 1920 auf der Insel Formosa 3 654 358, auf Sachalin 105 765 Seelen, während für Korea noch eine ältere, nicht auf geolter

### „Parole Doorn.“

St dem Herrn Reichswehrminister bekannt, daß durch einen Garnisonbefehl des Kieler Stationskommandos vom 25. Januar (gez. Hermann) für den 27. Januar die Parole „Doorn“ ausgegeben wurde, also am Geburtstag des Eckollers sein Wohnsitz. Was gedenkt der Herr Reichswehrminister gegen derartige monarchistische Demonstrationen höherer Kommandobehörden der Reichswehr zu tun? — Wir begnügen uns mit einer Antwort durch die Tat!

### Deutsche Arbeiter in England.

Von der Deutschen Wohltätigkeits-Gesellschaft in London erhalten wir eine längere Zuschrift, in der an der Hand von charakteristischen und höchst betrübenden Beispielen darauf gewarnt wird, nach England auszuwandern. In dieser Zuschrift heißt es u. a.:

„Es sind uns Fälle bekannt, wo zurückgekehrte Deutsche in England vor dem Kriege innegehabten Stellungen wieder erhielten, solche aber nach einigen Wochen infolge Opposition ihrer Arbeitsgenossen wieder aufgeben mußten.“

Insolgedessen sind diese Leute bald aller Mittel entböhrt, geraten in größte Not und verlangen von uns die Mittel zur Rückreise, die wir in den wenigsten Fällen bewilligen können, da uns leider die Gelder für solche Zwecke durchaus fehlen. . . .

Es ist genau wie früher, daß meistens Unkenntnis und Dummheit die Leute aus ihren wenn auch kleinen, aber doch für ihren Lebensunterhalt immerhin genügenden Verhältnissen von Deutschland in das Ausland treibt, wo sie dann in die größte Not geraten.“

Warnen Sie daher auf das entschiedenste vor der Auswanderung nach England, falls nicht sehr reichliche Mittel vorhanden sind, die für den Lebensunterhalt eines halben Jahres hier ausreichen.“

Diese Warnung ist um so notwendiger, als die Zahl der Arbeitslosen in England ungeheuer groß ist und noch täglich wächst und man den englischen Arbeitern nicht zumuten kann, deutsche Einwanderer, deren Zustrom die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt dort nur noch verschlimmern kann, mit besonderer Begeisterung aufzunehmen. Soweit sich aber Deutsche bereits in England befinden, so erworten wir bestimmt, daß die englischen Gewerkschaften jeder northcliffeartigen Hehe entgegenzutreten, die das ohnedies sowieso aus unserer Landes- und Klassengenossen nur noch unrettlicher machen würde.

### 740 Kühe aus Amerika.

Der Dampfer „West-Arrow“ mit den amerikanischen Milchkühen an Bord ist gestern abend in Bremerhaven eingetroffen. Da der Wasserstand der Weser die Weserfahrt erlaubt, ist der Dampfer flussaufwärts gefahren und heute früh in Bremen eingetroffen, wo der Transport ausgeladen wird. Es handelt sich um rund 740 Kühe.

### Die amerikanische Heeresverminderung.

Paris, 1. Februar. (AP.) Nach hier vorliegenden Meldungen aus Washington hat das Repräsentantenhaus trotz des Vetos des Präsidenten Wilson die Entschlieung zugunsten der Herabsetzung des Effektivebestandes des Heeres auf 175 000 Mann wiederum angenommen.

Urtell im Frankfurter Kommunistenprozeß. Der Prozeß vor dem Frankfurter Schwurgericht gegen die acht des Landfriedensbruchs, der Bländerung usw. beschuldigten Angeklagten, ging Sonnabend nachmittag zu Ende. Die Geschworenen verurteilten einen Angeklagten mildernde Umstände und sprachen drei der Rädelführer schuldig. Einer wurde freigesprochen. Das Gericht verurteilte den 30jährigen Fuhrmann Johann Hecht zu fünf Monaten, den 19jährigen Valentin Hundler und den 20jährigen Josef Weis zu sieben, den 20jährigen Wilhelm Steigerwald zu neun, den 20jährigen Emil Hermes und den 30jährigen Arbeiter Otto Rybarczyk zu 18 Monaten Gefängnis und den 30jährigen Fuhrmann Paul Müller zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus.

Tausendhebung in Böhmen. Die Bohemia berichtet aus Neutitschein über eine Massenunbedung deutlicher Bauern gegen die militärischen Requisitionen im deutschen Gebiet. In der Kundgebung hätten ungefähr 10 000 Bauern teilgenommen.

Zählung betreuende Ziffer von 17 284 207 Einwohnern angegeben wird.

Japanischer Anzeigentill. Während bei uns der Anzeigentell der Zeitungen meist trocken, dürr und marktfeierlich ist, läßt man im modernen Japan noch an der schwingvollen Wortkunst des alten Orient fest. Ein Beispiel dafür ist eine Annonce, die kürzlich der Inhaber eines Borenhauses in Tokio veröffentlichte. „Unserer Verkäufer“, heißt es hier, „sind so lieblich und freundlich, wie ein Vater, der einen Gatten für seine Tochter sucht, der er keine Mühe geben kann. Zu allen Zeiten und bei jedem Wetter wird man sie bei uns mit derselben Freude begrüßen, wie einen Sonnenstreich, der aus dunklen Wolken bricht und die trübe Natur mit Heiligkeit überläßt.“ Ein anderer Kaufmann preist in demselben Blatt seinen Weineffig an und nennt ihn „sourer als die Zunge der höchsten Schwiegermutter“.

Eine Konsumgenossenschaft für Schriftsteller. In der außerordentlichen Hauptversammlung des Schwurgerichtes Deutscher Schriftsteller ist ein Ausschuh zur genossenschaftlichen Versorgung aller schriftstellerischen Bedarfsmittel eingesetzt worden. Einen großen Teil der Schriftstellerhonorare beansprucht heute das technische Handwerkszeug. Diese Ausgaben können durch eine Konsumgenossenschaft wesentlich herabgemindert werden. Es würde sich zunächst um den Engroskauf von Papier (Schreibmaschinen- und Schreibpapier, Kuverts), um die Erziehung eines Adressenverzeichnisses, um einen Journalsektorkalender und eine Bücherkauf- und Bücherverkaufsstelle handeln. Der Ausschuh hat die Verbindung mit Papierfirmen und für die Versorgung der Journale, mit dem Sortiment aufgenommen.

Eine Sanktionsentscheidung vollführte ein hochverehrtes Publikum im Münchener Schauspielhaus bei der siebenten Auführung von Schnitzers „Keigen“. Bemerkenswert ist, daß die Initiative in diesem Falle von den „Damen“ ausging. Es ist immer bei einer gewissen Sorte von Rücksichten: die Reaktion verdrängt die Aktion durch Sensationen und Skandale. Der Schluß der hiesigen Saison war, daß die Direktion erklären ließ, sie werde das Stück vom Spielplan abheben. Schlußakte schritten ein, die Demonstranten entfernten sich und das liebe München hat wieder seine Ruhe.

Zu der Volkshöhne in „Kapitän Traubunds Bekrönung“ von Bernhard Shaw mit Friedrich Kappeler als Kapitän Traubund und Helene Kappeler als Lady Cicely Kappeler in Vorbereitung. Regie: Jürgen Fröhlich.

Die Reichswehr für Volkshöhne (Röhreburger Str. 21) veranstaltet im Februar und März eine Reihe von Vorträgen „Aus der Welt — für die Welt“ im großen Saal des Röhrenertheaters abends 7½ Uhr. Es werden am 11. Februar über Einheitsbegriß und ihre Bedeutung für die Weltanschauung der Gegenwart Herr Prof. Dr. Besold; am 18. Februar über Miern und Verfassung mit Beispielen Herr Dr. Ullrich; am 25. Februar über den Untergang des Röhrenertheaters (Sensations) Herr Dr. Ullrich; am 4. März über den Untergang des Röhrenertheaters (Sensations) Herr Dr. Ullrich; am 11. März über die jüdische deutsche Kultur Herr Dr. Ernst Cohn-Winkel. Der erste und zweite der Vorträge werden durch Lichtbilder veranschaulicht.



# Kein Diktat!

London, 7. Februar. (M.B.) „Obleroer“ schreibt zu Lloyd Georges Rede in Birmingham, das ganze Land stehe fest hinter Lloyd George bei seiner Forderung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was es ohne Schaden für die gesamte europäische Gemeinschaft zahlen könne. Deutschland dürfe nicht den schweren und lächerlichen Fehler einfacher Ablehnung begehen. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könne, müsse jedoch nicht diktiert, sondern von den alliierten und deutschen Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit festgestellt werden. Deutschland werde für die Bezahlung der Entschädigung dadurch, daß es an ihrer Abschätzung teilnehme, vor der Welt die Verantwortlichkeit übernehmen. Größte Ziffern und märchenhafte Entschuldigungen machten nur ihre Urheber zum Spott. Das Ziel der Reparation sei Gerechtigkeit, jedoch praktische und nicht theoretische Gerechtigkeit. Der augenblickliche Reparationsplan, der ebenso wie der Friedensvertrag der anwachsende Plan eines kleinen Ausschusses sei, werde niemals als Werkzeug für das dienen, was beabsichtigt war. Die in dieser Beziehung herrschenden Meinungsverschiedenheiten seien jedoch Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Methode. Der Grundsatz sei klar und anerkannt, Deutschland könne in die korporative Gemeinschaft der Reparation nur als mitarbeitender Teil einsteigen. Es dürfe die Äußerungen der Vernunft nicht als Zeichen der Schwäche auslegen. Deutschland würde am allerwenigsten aus den Folgen des Verschwindens der englisch-französischen Entente Nutzen ziehen. Die Simons von Lloyd George gezielte Anerkennung bezeichnet „Obleroer“ als gerecht.

In demselben Sinne schreibt „Daily News“: Die Pariser Ziffern bezeichnen das Blatt als phantastisch. Der Betrag könne nur durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgelegt werden, die niemand, auch nur für zwei Jahre voraus beurteilen könne.

Die „Morningpost“ gibt dem deutschen Minister des Auswärtigen den Rat, die Ansichten der englischen Gegner der englischen Regierung nicht als maßgebend anzusehen. Kein einziger dieser Gegner würde mit dieser Stellungnahme eine Erleichterung gewinnen oder eine einzige Stimme im Unterhaus erhalten. Das Blatt hebt hervor, daß Simons noch nichts beschlossen habe.

## Franszösische Beschlüsse.

Paris, 6. Februar. (M.B.) Die Rede Lloyd Georges in Birmingham bezeichnet der „Petit Parisien“ als die beste Antwort, die man von den englischen Freunden auf die Erklärungen Dr. Simons habe erwarten können.

Perinaz im „Echo de Paris“ bemängelt, daß die von den Deutschen angebotenen Gegenvorschläge in Betracht gezogen werden sollen, wenn sie vernünftig seien. Nach französischer Auffassung ist Lloyd George zu einer derartigen Erklärung nicht berechtigt. Die Londoner Konferenz dürfe keine Revisionskonferenz sein. Vergäbe man das, dann würde man die Entente cordiale der schwersten Prüfung aussetzen, die sie bis jetzt zu bestehen gehabt habe.

Nach dem „Petit Journal“ hat Lloyd George bewiesen, daß die Entscheidungen von Paris gerecht und gemäßigt seien, daß sie zu praktischen Ergebnissen führen könnten und daß sie endlich, da sie die alliierten Länder von einer neuen Offensive auf wirtschaftlichem Gebiet und vor einer Ueberlastung mit deutschem „Schuld“ bewahren, nicht die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands überschritten.

„L'emp“ sagt: Der englische Premierminister hat sich folgende Verhaltungsmaßregeln gesetzt: Die deutschen Gegenvorschläge können von der Londoner Konferenz geprüft werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern wie die, die das Abkommen vom 29. Januar festlegt.

„Journal des Debats“ schreibt, bis zur Londoner Konferenz müsse die französische Regierung unter Bezugnahme auf die Argumente, die der englische Ministerpräsident in Birmingham ausgesprochen habe, sich entweder ein Vorkaufsrecht auf die Exportzölle oder die Mobilisierung eines Teiles der deutschen Jahreszahlungen sicherstellen, damit Frankreich den schweren Ausgaben Genüge leisten könne, die es zu erdrücken drohen.

## Neuer Mord in Oberschlesien.

Dresden, 7. Februar. (M.B.) Fabian, ein bekannter ober-schlesischer Fußballspieler vom Verein für Rasenspiele in Ryssowitz, ist gestern von polnischen Banditen erschossen worden. Die polnischen Banditen wurden von der ausgerichteten Menge beinahe gelyncht. Zwei von ihnen konnten zur polnischen Grenze flüchten. Zwei andere wurden schwer verletzt.

## Das Eisenbahnunglück bei Felixdorf.

Wien, 7. Februar. Nach Blättermeldungen hat das Eisenbahnunglück von Felixdorf nach den bisherigen Feststellungen 16 Todesopfer gefordert. Ueber 40 Personen wurden schwer verletzt.

# Groß-Berlin

## Berlin für Oberschlesien.

Am Sonntag vormittag wogte es bunt nach dem Lustgarten zu. Es zogen ganzezüge unter weißgebedenen Fahnen dorthin; sie kamen aus allen Stadtgegenden und waren Leute der verschiedensten Art, gebildet allen Parteien an und waren doch mal von einem Willen befeuert. Zehntausende von wahlberechtigten Oberschlesiern Berlins waren der Aufforderung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier gefolgt, um im Lustgarten gegen den polnischen Terror, gegen die Bestimmungen des Wahlreglements und gegen den Versuch, die Oberschlesier im Reich getrennt abstimmen zu lassen, in einer Massenkundgebung zu protestieren. Von der Ruems-Freitreppetreppe bis zum Dom und zum Schloß starrte ein Meer von weißgelben Fahnen und von Inschrifttragenden Leuten. Nachdem sich die Abgeordneten gruppiert hatten, ergrißen von mehreren Stellen Vertreter der Parteien das Wort. Es sprachen u. a. Döllner und Barth (S.P.D.), Metallarbeiter Wajlawczyk, Rektor Aufschutowski (D. Sp.), Bohmann (Dem.), Dr. Pfeiffer (S.), o. Schöck (D. Sp.), Saverang (Dnat. Sp.).

Von den Tribünen des Doms herab sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Döllner, der in kernigen Worten den Gedanken der Bevölkerung Oberschlesiens Ausdruck gab. Reich ist der Tag für die Abstimmung nicht bekannt — so führte der Redner aus —, aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Anordnungen für diese auf den Vorteil für die Polen zugeschnitten sind. Wir verlangen mit Nachdruck, daß an einem Tage abgestimmt werden soll. (Stürmischer Beifall.) Man befürchtet, daß die Wankelmütigen durch unsere Begeisterung mit fortgerissen werden, und möchte dies verhindern, indem man den in anderen Teilen des Reiches wohnenden Oberschlesiern das Recht zur Abstimmung verweigern will. Ein angeblich

von polnischen Sozialisten verfaßtes Flugblatt fordert diese Beschränkung. Das müssen scanderbare Sozialisten sein! (Stürmische Zustimmung.) Ein anderes hier in Berlin herausgegebenes polnisches Flugblatt vergleicht uns sogar mit der Orgel. Wir haben mit dieser nichts zu schaffen. Wir wollen nur Oberschlesien für Deutschland retten und kämpfen nicht mit dem Küstzeug der Barbaren, mit Schwert und Speck, sondern nur mit geistigen Waffen für unser gutes Recht. De Lieb soll uns zusammenhalten. Und dieses Recht werden wir erlangen, wenn wir geschlossen, treu und einig zusammenhalten. (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Vor der großen Schale vor dem alten Museum wies der frühere Oberbürgermeister von Kattowitz, Regierungspräsident Bohmann, darauf hin, daß die Pariser Bedingungen der Entente einen Bruch des Friedensvertrages bedeuteten. Und genau so sei der Versailles Vertrag hinsichtlich der Abstimmung in Oberschlesien gebrochen worden. Als vor einem Jahr die Franzosen in Oberschlesien einrückten, da habe General Le Nord den Anbruch einer neuen Ära der Freiheit und Gerechtigkeit versprochen. Ein unwilliges Versprechen, denn Freiheit und Gerechtigkeit habe Oberschlesien bei Deutschland in weitestem Maße genossen. Aber statt dessen habe das verfluchte Jahr Nord und Teilhaftigkeit mit sich gebracht. Unzählige Verbrechen polnischer Banditen seien ungeführt geblieben. Der deutschen Regierung sei es zu verdanken, daß trotzdem jeder Abstimmungsbeschlusse ohne Furcht nach Oberschlesien fahren könne und daß dort für die nötige Sicherheit bei der Abstimmung durch Ententetruppen Sorge getragen werde. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Abstimmung in Oberschlesien den Sieg für die deutsche Sache bringen möge.

## In einer Entscheidung.

die einstimmig angenommen wurde, wurde gegen den polnischen Terror, der erneut Teile von Oberschlesien bedroht hat, gegen die polnisch beeinflussten Bestimmungen des Wahlreglements und des Formulars und gegen die schändliche Handhabung protestiert. Ferner wird entschieden, daß die polnische Regierung, die die Oberschlesier im Reich getrennt abstimmen zu lassen, die Versammelten fordern von der Entente Ordnung und Sicherheit in Oberschlesien. Die Grenze nach Polen müsse lädenlos gesperrt, die nichtfranzösische Befahrung verweigert werden. Ferner wird gefordert, Verlängerung der Einspruchsfrist, zumal für Kandidatenoberbeschlesier, unparteiliche und gerechte Erlebung der Bahnanfrage und Einsprüche. Von der Regierung wird gefordert, daß kein Mittel unversucht bleibe, um unseren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen. „Recht bleibt Recht, auch wenn die Macht nicht hinter uns steht. Einmütig werden wir die Reise nach Oberschlesien antreten, wenn der Tag der Abstimmung kommt, und einmütig das Bekenntnis dafür ablegen, daß Oberschlesien deutsches Land ist und bleibt.“

Nachdem die Redner mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf Oberschlesien geschlossen hatten, formierten sich die Menschenmassen, deren Zahl an 15.000 betrug, zu einem gemächlichen Demonstrationzug, der sich unter Voranführung einer großen weißgelben Fahne nach den Linden zu in Bewegung setzte. An der Bannmelle, die durch starke Posten der Schutzpolizei geschützt war, bog der Zug durch die Charlottenstraße nach Südwesten ab, wo er sich auflöste.

## 300-Millionen-Defizit Berlins?

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, wird das Jahr 1920 für die Stadt Berlin mit einem Defizit von dreihundert Millionen Mark abschließen.

## Mieterprotest.

Am Anschlag an die vom Berliner Mieterverband zu Sonntagvormittag einberufenen 48 Versammlungen in Groß-Berlin zogen die Versammlungsteilnehmer geschlossen zum Lustgarten, um dort gegen die geplante Mietsteuer und das Reichsrentengesetz zu protestieren. Aus 23 Gruppen des Mieterverbandes waren etwa 4000 Personen mit roten Fahnen und Schildern, die Aufschriften trugen wie: „Nieder mit den Hauswirten und Verwölkern“, „Wir fordern die Sozialisierung des Grund und Bodens“, „Wir fordern unser Recht“ usw. erschienen, um den Reden der 12 Referenten zu folgen.

Die Redner wandten sich u. a. dagegen, daß die Regierung immer mit dem Schlagwort „Wohnungsmangel“ um sich werfe, aber den Zustrom fremder Gestalten nach Berlin nicht unterbinde. Allein aus Polen und Ostpreußen seien mehr als 60.000 Fremde in die Reichshauptstadt gezogen, und allen sei Unterkunft gewährt worden, während die Berliner zu mehreren Familien in kleinen Wohnungen hausein mühten. Auch nach dem neuen Mietengesetz werde den Inhabern von großen Wohnungen wieder trotz der Wohnungskriegsteuer ein Freibrief gegeben. Während kleine Wohnungen um 1 und 2 Zimmer beschlagnahmt werden, werden die im besten gelegenen großen Wohnungen als zum Umbau in kleine Wohnungen als ungeeignet bezeichnet. Zum Schluß kamen die Redner darauf zu sprechen, daß die Allgemeinheit jetzt die hohen Instandhaltungskosten, die durch die Untertassung der Hausbesitzer seit 1914 entstanden sind, zu zahlen hätten, ohne daß sie ein Recht auf einen Stein am Hause erwarben. Hierauf gab es nur die Forderung einer freien Mietervertretung als Schutz der Mieterchaft gegen den Haus- und Bodenwucher als Vorbedingung für die Sozialisierung des gesamten Haus- und Grundbesitzes. Es wurde folgende Resolution, die an die Reichsregierung, den Reichsrat, den Reichswirtschaftsrat, den Reichstag und die politischen Parteien Deutschlands gerichtet werden soll, angenommen: Die am 6. Februar verlesene Resolution des Berliner Mieterverbandes erklärt das Mietengesetz und das Reichsmietengesetz als für sie unannehmbar abzulehnen. Die Mieterchaft ist entschlossen, bei Inkrafttreten dieser Gesetze jegliche Zahlung, auch die Zahlung der Mieten, zu verweigern. Diese Resolution bedarf keiner weiteren Begründung, denn der unsoziale und mieterfeindliche Charakter dieses Gesetzesvorlages ist offenkundig.

Nach Schluß der Demonstration zogen die einzelnen Gruppen unter Voranführung einer Rotfahne geschlossen in ihre Bezirke ab.

## Mordkammeradschaft.

### Das Verbrechen an der Hausbesitzerin Becks.

Nachdem, wie gemeldet, einer der verdächtigsten Täter bei der Ermordung der Hausbesitzerin Beck, der Kaufmann Ludwig Simbacher, bereits am Samstag nachmittag ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, wurde der vermittelnde Mittäter, der Kaufmann Erik Braacke, gestern nochmals eingehend vernommen. Aber trotz aller Vorhaltungen und des erdrückenden Belastungsmaterials verblieb Braacke dabei, daß er weder um die Tat wisse, noch daran beteiligt gewesen sei. Jetzt wurde ihm Limbacher gegenübergestellt. Als dieser in seiner Gegenwart seine Darstellung wiederholte, sprang Braacke während auf ihn zu und er hob die Faust, um ihn unter Schimpfworten niederzuschlagen. Nur mit Mühe konnte man ihn bändigen und von Täuschlichkeiten abhalten. Jetzt sah Braacke aber wohl ein, daß weiteres Zeugnis zwecklos sei und gestand seine Anwesenheit bei der Tat ein. Die Ausführung, die Limbacher ihm allein zur Last legt, will er mit diesem gemeinsam begangen haben. Demgegenüber bleibt Limbacher dabei, daß Braacke allein den Mord ausgeführt habe. Er will ihm nur geholfen haben, die geknebelte und gefesselte Hausbesitzerin, von der er noch nicht gemüht habe, daß sie tot sei, nach dem Hinterzimmer zu tragen. Die Durchsuchung aller Räume und Behältnisse haben beide gemeinsam vorgenommen. Um die Hausbesitzerin zu fragen, wo sie ihr Geld aufbewahre, nahm ihr

Braacke den Knebel aus dem Munde. Erst jetzt sah er, wie er überhaupt, daß das Gesicht tief im Schilde steck und daß Braacke Becks erschlagen war.

## Ein Mordgerücht

hatte gestern die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei nach Spandau gerufen. Dort war ein gewisser Dabberstein, der am hohen Steinweg 1a, Hinterhaus, 2 Treppen, wohnte, unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Die Annahme eines Verbrechens hat sich bei der Untersuchung der Leiche und der Aufnahme des Tatbestandes jedoch nicht bestätigt. Der Tote war Alkoholiker und scheint nach den bisherigen Feststellungen an Alkoholvergiftung gestorben zu sein. Zur genaueren Feststellung der Todesursache wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schaulager gebracht. Ein weiteres Mordgerücht rief heute morgen die Kriminalpolizei nach dem Hause am Falkplatz 2. Dort fand man den 22 Jahre alten Sattler Kischner, der im dritten Stock des Vorderhauses wohnte, tot auf dem Bürgersteig liegen. Man vermutete, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Die Ermittlungen erlauben jedoch bald, daß Kischner sich selbst das Leben genommen hatte, indem er aus dem Fenster seiner Wohnung gesprungen war.

## Einheitsfront gegen die Reaktion.

Am Sonntag hielten unsere Parteigenossen eine Wählerversammlung im Konkordiaaal in der Andraustraße ab. Es waren auch eine Anzahl Kommunisten anwesend, die sich ruhig aufgeführt, was nach manchen Erklärungen der letzten Zeit immerhin ein Fortschritt zum Besseren anzusehen ist — sondern beteiligten sich mit anerkannter Sachlichkeit an der Diskussion. Referent war Genosse Heinrich Schulz. Er ging davon aus, daß die reaktionären Kräfte, die den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben, am Werk sind, um das alte System wieder aufzubauen, was sie eine unheilvolle Herrschaft über das Volk ausüben. Der Redner betonte, daß es gegen die Reaktion nur eine Kampffront der Arbeiter gibt. Um der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen, muß durch die Wahl die Linke, besonders die Sozialdemokratie gestärkt werden. Das alte zusammengebrochene System, unter dem unser Volk seit Jahrhunderten gelitten hat, darf nicht wieder aufleben. Wir wollen ein neues Deutschland der Freiheit und Demokratie aufbauen. Dazu tragen wir bei, wenn wir am 20. Februar sozialdemokratisch wählen. (Stürmischer Beifall.)

Die zweite Referentin, Genossin Bohm-Schuch, wandte sich besonders an die Frauen und warnte sie, sich verleiten zu lassen durch die von den rechtsstehenden Parteien betriebene Wahlpropaganda. Wenn die reaktionären Parteien an die Macht kommen, so werden sie uns immer wieder in neue Kriege ziehen. Wir Frauen aber wollen keinen Krieg. Doch er uns für alle Zeit fernbleibe, dafür bietet die Sozialdemokratie die sicherste Gewähr. Wenn in Brechen die monarchistischen Parteien an die Herrschaft kommen, dann ist das Weiterbestehen der deutschen Republik nur noch eine Frage der Zeit, und mit der republikanischen Verfassung würden auch alle Errungenschaften der Revolution fallen. Wer Frieden und Freiheit, wer eine bessere Zukunft will, der muß für die Sozialdemokratie eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Als erster Diskussionsreferent sprach ein Kommunist. Er beantragte eine Resolution, die sich für Beibehaltung im Sinne des oben genannten Briefes der R.P.D.-Zeitung ausspricht. — Dann kamen drei sozialdemokratische Redner zum Wort, von denen der erste vom Standpunkt der Beantworten, der andere im Sinne der Summationslisten und der dritte vom Standpunkt der sozialdemokratischen Lehrer die Zeitfragen behandelte. Der Kommunist Karl Schneidl forderte die Einstellung des Bruderkampfes und die Bildung einer Einheitsfront aller Sozialisten zum Kampf gegen die Reaktion. Heinrich Schulz sagte im Schlußwort, es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Kommunisten hier für die Einstellung des Bruderkampfes plädierten. Auch wir betrachten den Kampf gegen rechts als unsere Hauptaufgabe, aber wir stellen kein verkommenes Einheitsprogramm auf. Trotz allem, was die sozialistischen Parteien trennt, haben sie die Aufgabe, den gemeinsamen Feind bereit zu schlagen. Eine dauernde Vereinigung ist nur möglich, wenn Parteien, die sich von uns getrennt haben, zu unseren alten sozialdemokratischen Grundzügen zurückkehren. (Lebhafter Beifall.)

Mit allen gegen drei Stimmen wurde die Resolution des Kommunisten abgelehnt und eine Resolution der Versammlungsführung angenommen, wodurch sich die Versammelten verpflichten, den Wahlkampf im Sinne der Einheitsfront gegen die Reaktion zu führen und für die Sozialdemokratie zu stimmen.

## Er hat, Gott sei Dank, keinen Tarif!

Mit wie niedriger Entlohnung heute noch manche Arbeitgeber ihre Person abspalten möchten, davon sei hier eine Probe mitgeteilt. Auf eine Annonce der „Berliner Morgenpost“ meldete sich bei der Firma Kohn u. Co., Kunstverlag, Mi-Roabit 104, für die vakante Stelle einer Kassierin eine 23jährige Bewerberin. Nachdem ihr gesagt worden war, daß sie einen selbständigen Posten haben würde, forderte sie 600 M. Monatsgehalt. Der mit ihr verhandelnde Herr war sehr erstaunt und erklärte, für diesen Posten betrage das Gehalt nur 300 M. pro Monat. Ob sie denn nicht bei den Eltern wohne, fragte er, nur eine solche Dame könne er einstellen. Sie mußte bekennen, daß ihre Eltern nicht inlande sind, sie zu unterstützen. Auf ihre Frage: „Haben Sie denn nicht noch Tarif?“ antwortete er: „Gott sei Dank, ich habe keinen Tarif!“ Die Bewerberin konnte für die Stelle und empfahl sich. Was für Damen mögen das sein, die heute noch mit 300 M. zufrieden sind? Wie solche, die von den Eltern erhalten werden und nur um ihr Taschengeld zu arbeiten brauchen?

## Prämien für den Schutz seltener Tiere.

Auch im vergangenen Jahre haben die „Blätter für Naturschutz und Heimatspflege“ in Berlin eine Reihe von Schenkungen für den Schutz seltener Tiere, insbesondere Käfer und Raubvögel, an Fortbeamtete zum zahlen können. Die Schenkungen sind zum größten Teil von Naturfreunden gestiftet worden. Es wurden auf diese Weise u. a. die Erhaltung und das Hochkommen von Wandeltischen, Kolltraben, Käufschuffarden, Baumfalken, Steinkäuzchen, Fledermäusen, Wanderfalken, Wiebchöpfen, Dachsen, Rohrdommeln, Klauen, Nebelweihen, schwarzen Störchen, Kranichen, einem Paar Seeadler (mit zwei Jungen, die beide hochfanden) und Schreibadlern gesichert. Die durch Schenkungen ausgezeichneten Fortbeamteten haben die Gewähr übernommen, daß Auerbüchsen von Händlern, Sammlern und Schleichern bei ihnen auf taube Ohren stoßen.

Bei einem Brandunglück ereignet ist gestern früh die 43 Jahre alte Frau Henriette Gierke aus der Postortstraße 10 zu Weiden. Die Frau war seit drei Jahren bettlägerig. Gestern früh wollte sie auf einem Spiritustocher Kaffee aufwärmen. Hierbei fiel der Kocher über, und als nun die Flamme sich ausbreitete, verlor sie mit dem Oberbett sie auszurücken. Das Bett geriet jedoch in Brand, und die Frau erlitt schwere Verbrennungen und erlittes tödliches Querschnitt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, Montag, den 7. Februar:

Felixdorf, 7. Uhr im Reichshaus, Potsdamer Str. 42a. Städtische Frauennachrichtendienst. Referent: Reichstagsabg. Frau Saverang.

Morgen, Dienstag, den 8. Februar: 7 Uhr im Reichshaus, Potsdamer Str. 42a. Städtische Frauennachrichtendienst. Referent: Reichstagsabg. Frau Saverang. 7 Uhr im Reichshaus in Willy-Brandt-Haus. Referent: Reichstagsabg. Frau Saverang. 7 Uhr im Reichshaus in Willy-Brandt-Haus. Referent: Reichstagsabg. Frau Saverang. 7 Uhr im Reichshaus in Willy-Brandt-Haus. Referent: Reichstagsabg. Frau Saverang.



